

Antwort auf eine Kleine schriftliche Anfrage

- Drucksache 17/2974 -

Wortlaut der Anfrage des Abgeordneten Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling und Christian Dürr (FDP), eingegangen am 12.02.2015

Wie reagiert die Landesregierung auf das Bündnis gegen die Pflegekammer?

Am Dienstag, dem 13. Januar 2015, nahm ein Bündnis aus Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbänden gegen die Errichtung einer Pflegekammer Stellung. Zur Begründung führte es u. a. an:

„Die aktuellen und zukünftigen Probleme in der Alten- und Gesundheitspflege werden durch eine Pflegekammer nicht gelöst. Eine solche Pflegebehörde kann nicht die hohe Arbeitsbelastung, das Problem der niedrigen Pflegesätze und schon gar nicht den Fachkräftemangel beseitigen. Durch die geplante berufsständische Vertretung wird lediglich eine wirkungslose und teure Bürokratie aufgebaut. Wir appellieren deshalb nachdrücklich an die Landesregierung, auf die Einrichtung einer Pflegekammer zu verzichten und die Beschäftigten nicht noch weiter durch Zwangsbeiträge zu belasten.“

Dieser Meinung hat sich nicht nur der Verband der Ersatzkassen e. V., also aller sechs Ersatzkassen, die in Niedersachsen zusammen mehr als 2,6 Millionen Menschen versichern, angeschlossen. Auch der Sozialverband Deutschland e. V. und die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen sprechen sich gegen die Einführung einer Pflegekammer aus.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Bedenken von Gewerkschaften, Arbeitnehmern, Ersatzkassen, SoVD und LAG FW, und, wenn nicht, warum will sie an der Einführung einer Pflegekammer festhalten?
2. Ist es zutreffend, dass an der eigenen Umfrage des Ministeriums aus 2012/2013 lediglich 1 039 Pflegefachkräfte teilgenommen haben und damit nur 1,5 % der gut 70 000 Betroffenen und dass von diesen 1,5 % der Betroffenen lediglich 31 % (322 Befragte) erklärt hatten, bereits vor der Befragung genauer informiert worden zu sein?
3. Sofern die Landesregierung weiterhin eine Pflegekammer einführen sollte, mit welchen Kosten rechnet sie derzeit für den Landeshaushalt (bitte einzeln nach Jahren bis 2020) und die Zwangsmitglieder (bitte Monatsbeiträge für typische Ganz- bzw. Halbtagsstellen angeben)?
4. Gibt es noch Verbände, die für die Einführung sind?
5. Wenn ja, wie viele Mitglieder haben diese Verbände jeweils?
6. Ist die Pflegekammer auch Thema in der Fachkommission Pflege?
7. Ist es richtig, dass eine Befragung zu den aktuellen Eckpunkten der Landesregierung über eine Pflegekammer gar nicht stattgefunden hat?
8. Teilt die Landesregierung vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es ein Bündnis gegen die Einführung gibt, die Auffassung, dass eine neue umfassende Befragung des Pflegepersonals notwendig ist?
9. Wie begründet die Landesregierung vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass der bpa und ver.di allein 5 000 Unterschriften gegen die Kammer im letzten Jahr übergeben haben, die demokratische Legitimation der Kammer?
10. Wieso plant die Landesregierung die Einrichtung einer weiteren Kammer mit Zwangsmitgliedschaft, während der Kammerzwang in anderen Bereichen auf dem Prüfstand steht?

11. Warum will die Landesregierung ein Vertretungskonstrukt mit freiwilliger Mitgliedschaft einführen?
12. Was plant die Landesregierung, falls die Kammerbeiträge nicht ausreichen, um eine vollumfängliche Arbeitsfähigkeit der Pflegekammer zu gewährleisten?
13. Wie beurteilt die Landesregierung angesichts der im Rechtsgutachten von Herrn RA Deter geforderten umfassenden Abwägung den Nutzen einer Kammer und deren Belastungen für die Mitglieder und den Steuerzahler?
 - a) Welche konkreten Bereiche, die Pflegequalität betreffend, sind nicht durch bundesgesetzliche Vorgaben verbraucht?
 - b) Welche konkreten Bereiche, die Fortbildung der examinierten Pflegefachkräfte betreffend, sind nicht durch bundesgesetzliche Vorgaben verbraucht?
 - c) Weshalb sollen die Pflegekräfte kein eigenes Versorgungswerk bekommen?
14. Ist es richtig, dass die geplante Pflegekammer im Unterschied zu den Arbeitnehmerkammern aus Bremen und dem Saarland Disziplinarbefugnisse bis hin zum Entzug der Berufszulassung gegenüber ihren Mitgliedern haben wird und sich deshalb von diesen Kammern deutlich unterscheidet?
15. Plant die Landesregierung auch für andere Arbeitnehmer innerhalb und außerhalb des Gesundheitswesens „Zwangskammern“?
16. Ist es richtig, dass die Pflegekammer als „Behörde“ keine Lobbyarbeit für ihre Mitglieder machen darf?
17. Ist es richtig, dass sich die Kammer nicht um die Rahmenbedingungen der Pflegearbeit, wie z. B. Refinanzierung oder Löhne, kümmern wird?
18. Ist es richtig, dass die Kammer keine arbeitsrechtliche Beratung der Mitglieder vornehmen darf?
19. Ist es richtig, dass bereits heute die Berufsverbände der Pflegekräfte in den relevanten Gremien der Selbstverwaltung wie z. B. Landespflegeausschuss und Fachkommission Pflege vertreten sind?
20. Welchen konkreten Nutzen wird die Kammer für das einzelne Mitglied haben?

(An die Staatskanzlei übersandt am 26.02.2015)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
- 104.2-41070/08/2 -

Hannover, den 29.03.2015

Die Errichtung einer Pflegekammer wird in Niedersachsen nach wie vor kontrovers diskutiert. Dem Bündnis gegen die Pflegekammer haben sich zum einen die Gewerkschaften und zum anderen einige Arbeitgeberverbände (Unternehmerverbände Niedersachsen e. V., Arbeitgeberverband Pflege sowie Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V.) angeschlossen. Weitere Arbeitnehmerverbände sind dem Bündnis nicht beigetreten; insofern ist der Einleitungstext der Kleinen Anfrage richtig zu stellen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Der Landesregierung ist bewusst, dass eine Pflegekammer nicht alle drängenden aktuellen und zukünftigen Probleme in der Pflege zu lösen vermag. Es bedarf eines breiten Spektrums an Maßnahmen, die zum großen Teil bereits eingeleitet worden sind. Hierzu gehören u. a. die gesetzliche Absicherung der Schulgeldfreiheit im Bereich der Altenpflegeausbildung, die Einführung einer solidarischen Umlagefinanzierung der Ausbildungsvergütungen in der Altenpflege und die Umsetzung des neuen Dokumentationssystems in Pflegeeinrichtungen.

Die Errichtung einer Pflegekammer stellt eine wesentliche flankierende Maßnahme dar. Sie wird ebenfalls dazu beitragen, die Situation der Pflege und der in der Pflege Beschäftigten zu verbessern. Aus Sicht der Landesregierung sprechen die folgenden Gründe für die Einführung einer Pflegekammer:

- Mit der Kammer erhält die Pflege eine demokratisch legitimierte berufspolitische Vertretung. Sie kann für alle rund 70 000 Pflegefachkräfte mit einer starken Stimme sprechen (Majoritätsprinzip).
- Mit einer Selbstverwaltung befreit sich der Berufsstand Pflege von der Fremdbestimmung. Er erhält das Recht, innerhalb der bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen seine Angelegenheiten selbst zu regeln. Es ist davon auszugehen, dass die Akzeptanz von Vorgaben, die von den Berufsangehörigen selbst erarbeitet werden (z. B. Berufsordnung), in der Praxis höher ist.
- Die Pflegekammer wird den Wert der Pflege stärker in das gesamtgesellschaftliche Bewusstsein rücken und die öffentliche Wahrnehmung des pflegerischen Berufsstandes positiv verändern. Pflegefachkräfte werden als eigenständige Profession und wichtige „Player“ im Gesundheitswesen anerkannt und agieren mit größerem Selbstbewusstsein.
- Die Pflegekammer wird wichtige Impulse zur Weiterentwicklung der Pflegepraxis geben. Die Kammer kann Empfehlungen und Leitlinien erarbeiten und so beispielsweise Standards zur Pflegequalität definieren. Diese können bei Rechtsstreitigkeiten zu Pflegefehlern zur Feststellung des aktuellen Standes der Wissenschaft herangezogen werden. Auf diese Weise wirkt sie an der Sicherstellung einer fachgerechten und professionellen Pflege der Bevölkerung mit.
- Mit Empfehlungen und Pilotprojekten kann die Pflegekammer wertvolle fachliche Vorarbeiten für gesetzliche Regelungen leisten.
- Die Meldepflicht stellt Transparenz über Anzahl, Qualifikationen und Handlungsfelder der Pflegefachkräfte her und ermöglicht Prognosen zum zukünftigen Bedarf an Pflegefachkräften.

Zu 2:

Das renommierte Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap hat im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS) vom 27.11.2012 bis 12.01.2013 eine repräsentative Befragung durchgeführt, um das Meinungsbild der niedersächsischen Pflegefachkräfte hinsichtlich der Errichtung einer Pflegekammer zu erheben. Befragt wurden 1 039 zufällig ausgewählte Pflegefachkräfte. Nach Einschätzung von Infratest dimap wäre analog zur Prognose von Wahlergebnissen bereits eine Stichprobe von 500 Pflegefachkräften ausreichend gewesen, um aussagekräftige Ergebnisse zu erhalten. Zur Sicherstellung einer größtmöglichen Repräsentativität wurde die Stichprobe mittels eines Quoten Auswahlverfahrens so gewählt, dass sie in wesentlichen Merkmalen der Grundgesamtheit entsprach, d. h. eine annähernd gleiche Verteilung der Berufsgruppen, Arbeitsorte und Geschlechter aufwies.

Die Aussage, dass nur 31 % der Befragten erklärt hätten, vor der Befragung genauer informiert worden zu sein, ist nicht zutreffend. Alle Befragten wurden vor der Befragung von den Interviewerinnen und Interviewern über die Errichtung einer Pflegekammer informiert (vgl. Informationstext auf S. 1 und 2 des als **Anlage 1** beigefügten Fragebogens). 31 % der Befragten (322 Pflegefachkräfte) haben angegeben, dass sie die Diskussionen im Vorfeld schon genauer verfolgt hätten.

Zu 3:

Grundsätzlich wird sich die Pflegekammer Niedersachsen aus den Beiträgen ihrer Mitglieder finanzieren. Die Kammerversammlung verabschiedet den Haushaltsplan und die Beitragsordnung. Die Mitgliedsbeiträge werden somit allein von den Kammermitgliedern festgelegt. Eine langfristige Prognose ist der Landesregierung deshalb nicht möglich. Gleichwohl wurde orientiert an der Haushaltsaufstellung der Ärztekammer eine Kalkulation des Haushaltsvolumens für die Mindestausstattung der Pflegekammer vorgenommen. Danach wird ein Haushaltsvolumen von etwa 4,8 Millionen Euro benötigt. Legt man das kalkulatorische Budget auf eine geschätzte Zahl von 70 000 Kammermitgliedern um, ergibt sich ein monatlicher kalkulatorischer Durchschnittsbeitrag in Höhe von rund acht Euro für Vollzeitbeschäftigte (45 % der Beschäftigten) und vier Euro für Teilzeitbeschäftigte (55 % der Beschäftigten).

Dem Land entstehen Kosten durch die erforderliche Anschubfinanzierung. Diese ist erforderlich, weil der Errichtungsausschuss seine Arbeit bereits unmittelbar nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Pflegekammer Niedersachsen aufnimmt und durch Beschluss beispielsweise von Satzung, Meldeordnung, Wahlordnung und Beitragsordnung die Voraussetzungen für die Errichtung der Pflegekammer Niedersachsen schafft. Die Kosten für die Arbeit des Errichtungsausschusses können somit naturgemäß nicht direkt aus Beitragseinnahmen finanziert werden. Für das Jahr 2015 wurden deshalb insbesondere zur Finanzierung des Errichtungsausschusses bzw. der Gründungskonferenz, die dessen Arbeit vorbereitet, 50 000 Euro im Haushaltstitel 05 36 547 71-8 „Anschubfinanzierung zur Einrichtung einer Pflegekammer“ eingestellt. Auch für das Haushaltsjahr 2016 wird ein Betrag in Höhe von 50 000 Euro aufgenommen werden.

Des Weiteren wird es voraussichtlich mehrere Jahre dauern, bis die Kammermitglieder vollständig registriert sind und die Beitragseinnahmen regelmäßig und vollständig fließen. Um eine geregelte Betriebsaufnahme der Pflegekammer zu gewährleisten, muss die Anschubfinanzierung mithin die erforderlichen Personal- und Sachkosten sicherstellen. Es ist anzustreben, dass nach der Anschubfinanzierung in Höhe von jeweils 50 000 Euro in den Jahren 2015 und 2016 die weiteren Finanzbedarfe der Pflegekammer ausschließlich durch externe Darlehen gedeckt werden. Der mit Inkrafttreten des Gesetzes einzurichtende Errichtungsausschuss hat als Vorläufergremium der Kammerversammlung deren Rechtsstatus, d. h. er kann bereits Kreditverträge für die Pflegekammer abschließen (wie beispielsweise in Rheinland-Pfalz geschehen).

Voraussetzung hierfür ist eine entsprechende Willensbildung des Errichtungsausschusses einerseits und insbesondere die zeit- und bedarfsgerechte Vereinbarung von Darlehensverträgen zwischen dem Errichtungsausschuss und externen Darlehensgebern andererseits. Ob die Vorfinanzierung der Pflegekammer ausschließlich durch externe Kredite erfolgen wird, kann deshalb derzeit nicht sicher prognostiziert werden. Nach einer ersten groben Schätzung wären - für den Fall einer Vorfinanzierung durch das Land - in den Landeshaushalt für das Jahr 2017 Mittel in Höhe von 4,8 Millionen Euro einzustellen. Mit steigenden Beitragseinnahmen der Pflegekammer würden für das Jahr 2018 Mittel in Höhe von 3,75 Millionen Euro und für die Folgejahre ab 2019 in Höhe von 2,5 Millionen Euro erforderlich. Die Pflegekammer kann diese Mittel erst zurückzahlen, wenn ausreichende Beitragseinnahmen fließen.

Zu 4:

Die pflegerischen Berufsverbände befürworten zum weit überwiegenden Teil die Errichtung einer Pflegekammer. Dazu gehören insbesondere die Mitgliedsverbände des Niedersächsischen Pflegerates:

- Arbeitsgemeinschaft christlicher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen in Deutschland e. V. (ADS),
- Bundesverband Pflegemanagement e. V. (BVPM), Landesgruppe Bremen/Niedersachsen,
- Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland e. V. (BeKD),
- Bundesfachvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen in der Psychiatrie e. V. (BFLK),
- Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe e. V., Landesverband Niedersachsen/Bremen (BLGS e. V.),

- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK Nordwest e. V.),
- Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e. V. (DGF),
- Deutscher Pflegeverband e. V. (DPV),
- Verband der Schwesternschaften vom DRK e. V. (VdS),
- Förderverein zur Errichtung einer Pflegekammer e. V.

Als weiterer pflegerischer Berufsverband befürwortet der Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen Deutschlands e. V. die Errichtung der Pflegekammer.

Weitere nicht pflegespezifische Verbände, so der Landesfrauenrat Niedersachsen e. V., der LandFrauenverband Weser-Ems e. V., der Niedersächsische LandFrauenverband Hannover e. V. und der Landesseniorenrat Niedersachsen e. V., haben sich ebenfalls für die Errichtung einer Pflegekammer ausgesprochen.

Auch unter den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden finden sich Befürworter der Pflegekammer. Dazu gehören beispielsweise die ver.di Betriebsgruppe der Medizinischen Hochschule Hannover und der Landes-Caritasverband für Oldenburg e. V.

Zu 5:

In den innerhalb der Antwort zu Frage 4 genannten Mitgliedsverbänden des Niedersächsischen Pflegerates sind insgesamt rund 9 600 Pflegekräfte Mitglied.

Dem Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen Deutschlands e. V. gehören die Pflegedirektorin und der Pflegedirektor der beiden niedersächsischen Universitätskliniken in Göttingen und Hannover an.

Der Landesfrauenrat Niedersachsen e. V. vertritt mehr als 2,2 Millionen Frauen in Niedersachsen. Der LandFrauenverband Weser-Ems e. V. hat rund 30 000, der Niedersächsische LandFrauenverband Hannover e. V. rund 70 000 Mitglieder.

190 Seniorenvertretungen aus den Gemeinden und Landkreisen Niedersachsens sind Mitglied beim Landesseniorenrat Niedersachsen e. V.

Zur ver.di Betriebsgruppe der MHH gehören rund 800 Beschäftigte der MHH. Der Landes-Caritasverband für Oldenburg (LCV) ist die vom Bischöflichen Offizial in Vechta anerkannte institutionelle Zusammenfassung und Vertretung der katholischen sozialen Arbeit im niedersächsischen Teil des Bistums Münster. Die Mitglieder sind Träger von rund 350 Einrichtungen und Diensten mit etwa 11 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, darunter mehrere Einrichtungen im Bereich der stationären und ambulanten Altenpflege sowie mehrere Krankenhäuser.

Zu 6:

Die Fachkommission Pflege hat die Aufgabe, die landespolitischen Initiativen unter Einbeziehung der Verbände vorzubereiten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Sicherstellung einer tragfähigen Pflegeinfrastruktur, u. a. durch die Verbesserung der Vergütung von Pflegeleistungen und damit die Entwicklung von Maßnahmen zur Fachkräftesicherung in der Pflege. Die Mitglieder legen selbst fest, welches die prioritären Themen sind, mit denen sich die Fachkommission beschäftigen soll. Derzeit steht die ambulante Pflege im ländlichen Raum im Fokus der Diskussionen. Über die Aktivitäten zur Errichtung einer Pflegekammer berichtet MS regelmäßig im Landespflegeausschuss.

Zu 7:

Die Eckpunkte zur Pflegekammer wurden vom MS in neun regionalen Informationsveranstaltungen mit insgesamt rund 1 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern vorgestellt. Auf diese Weise erhielten die Pflegefachkräfte vor Ort Gelegenheit, sich über die geplante Errichtung einer Pflegekammer zu informieren und ihre Fragen und Anregungen einzubringen. Die Rückmeldungen sind bei der Erarbeitung des Referentenentwurfs berücksichtigt worden.

Dessen ungeachtet sind den Pflegefachkräften im Rahmen der Befragung von Infratest dimap Informationen zu den wesentlichen Eckpunkten der Pflegekammer - insbesondere zu Aufgaben und Finanzierung - zur Verfügung gestellt worden (vgl. Anlage 1).

Zu 8:

Die Befragung hat ergeben, dass 13 % der niedersächsischen Pflegefachkräfte die Errichtung einer Pflegekammer ablehnen. Die Art und Weise, wie sich die Gegner der Pflegekammer nunmehr organisieren, ändert nichts an der Bewertung der Umfrageergebnisse durch die Landesregierung.

Zu 9:

Die demokratische Legitimation der Pflegekammer ergibt sich allein aus der Tatsache, dass jede niedersächsische Pflegefachkraft über die Ausübung ihres aktiven und passiven Wahlrechts die Ausgestaltung und Tätigkeiten der Kammer unmittelbar beeinflussen kann.

Dessen ungeachtet stellt eine Unterschriftenaktion kein repräsentatives Meinungsbild der niedersächsischen Pflegefachkräfte dar, sondern soll vielmehr einer Ansicht - hier den Gegnern der Pflegekammer - eine Stimme verleihen. Dies lässt sich auch am einleitenden Text zur Gewinnung der Unterschriften (siehe **Anlage 2**) ablesen. Zudem sei erwähnt, dass im vorliegenden Fall viele der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sich zwar gegen die Pflegekammer ausgesprochen haben, jedoch Berufsgruppen angehören, die von der Errichtung einer Pflegekammer nicht betroffen sind (z. B. Pflegehelferinnen, Praktikanten, Betreuungskräfte, Arzthelferinnen).

Zu 10:

Derzeit laufen Verfassungsbeschwerdeverfahren zur Pflichtmitgliedschaft in Industrie- und Handelskammern.

Für den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht tatsächlich seine Rechtsprechung im Hinblick auf die Zwangsmitgliedschaften in Industrie- und Handelskammern aufgäbe, würde die Landesregierung etwaige Auswirkungen auf die Errichtung einer Pflegekammer unverzüglich prüfen.

Zu 11:

Bei der von der Landesregierung geplanten Pflegekammer handelt es sich nicht um ein Vertretungskonstrukt mit freiwilliger Mitgliedschaft.

Zu 12:

Die Verantwortung für die Erstellung eines auskömmlichen Haushaltsplans und die Festlegung entsprechender Kammerbeiträge liegt allein bei der Pflegekammer. Als Aufsichtsbehörde wacht MS darüber, dass die Kammer ihre Tätigkeit auf der Grundlage eines geordneten Finanzwesens ausübt.

Zu 13:

Nach dem Rechtsgutachten von Herrn Rechtsanwalt Deter ist der mit der Errichtung einer Pflegekammer verbundene Grundrechtseingriff dann verfassungsgemäß, wenn die Vorteile, die den Berufsangehörigen aus der Errichtung der Pflegekammer erwachsen, als weitaus gewichtiger einzuschätzen sind als der mit der Pflichtmitgliedschaft verbundene Eingriff in die individuelle Freiheit der Berufsangehörigen.

Dies berücksichtigend sind für die normative Ermessensausübung die Ergebnisse der Befragung durch Infratest dimap sowie eines intensiven fachlichen Austauschs mit Vertreterinnen und Vertretern der Pflegeberufe, mit bestehenden Kammern sowie mit weiteren Institutionen ausgewertet worden. Danach ist die Errichtung einer Pflegekammer nach Auffassung der Landesregierung verfassungsgemäß.

Zu 13 a:

Die bundesgesetzlichen Vorschriften zur Qualitätssicherung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ergeben sich aus dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) und dem Elften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI). Sie decken naturgemäß nur einen kleinen Ausschnitt der pflegerischen Tätigkeit ab und beruhen häufig auf einem Minimalkonsens der Selbstverwaltungspartner.

Die Pflegekammer kann ergänzend wissenschaftlich fundierte Empfehlungen, Hinweise oder Leitfäden zur Qualitätsentwicklung und -sicherung pflegerischer Berufsausübung herausgeben. Sie geben den Pflegekräften Handlungssicherheit in der täglichen Praxis und können darüber hinaus beispielsweise bei Rechtsstreitigkeiten zu Pflegefehlern zur Feststellung des aktuellen Standes der Wissenschaft herangezogen werden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, den Kammermitgliedern und ihren Einrichtungen Zertifikate über die Güte der beruflichen Tätigkeit zu erteilen. Auf diese Weise können beispielsweise Pflegebedürftige bei der Suche nach einer geeigneten Pflegeeinrichtung unterstützt werden.

Zu 13 b:

Die Fortbildung der Pflegefachkräfte ist bundesgesetzlich nicht geregelt. § 21 des Niedersächsischen Gesundheitsfachberufegesetzes verpflichtet Gesundheits- und Krankenpflegerinnen, Gesundheits- und Krankenpfleger, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger sowie Altenpflegerinnen und Altenpfleger dazu, sich so fortzubilden, dass sie mit der beruflichen Entwicklung soweit Schritt halten, wie dies für eine sichere und wirksame berufliche Leistung erforderlich ist. Inhalt und Umfang dieser Fortbildungspflicht wird die Pflegekammer in einer Fortbildungsordnung konkret ausgestalten.

Zu 13 c:

Die Mitglieder der Niedersächsischen Pflegekammer könnten durch die Mitgliedschaft in einem eigenen Versorgungswerk nicht von der Rentenversicherungspflicht befreit werden (siehe § 6 Abs. 1 Nr. 1 a Sechstes Buch Sozialgesetzbuch [SGB VI]). Denkbar wäre deshalb allenfalls das Angebot einer Zusatzversorgung durch die Pflegekammer. Eine solche Forderung wurde jedoch vonseiten der Pflegefachkräfte bislang nicht an die Landesregierung herangetragen.

Zu 14:

Die Niedersächsische Pflegekammer ist anders als die Arbeitskammern eine berufsständische Kammer und als solche gemessen an ihren Aufgaben eher mit den Ärztekammern vergleichbar. Der Ärztekammer Niedersachsen wurde auf der Grundlage des § 14 des Kammergesetzes für die Heilberufe die Aufgabe der Erteilung und des Widerrufs von Approbationen und Berufserlaubnissen übertragen. Als zuständige Stelle hat sie den Niedersächsischen Zweckverband zur Approbationserteilung (NiZzA) beauftragt.

Zuständige Stelle für die Erteilung und den Entzug von Berufsurkunden nach den bundesrechtlichen Vorschriften sowie diejenigen Aufgaben, die sich aus der Richtlinie 2005/36/EG ergeben, ist für die Pflegeberufe bislang das Landesamt für Soziales, Jugend und Familie. Diese Aufgaben sollen zukünftig im übertragenen Wirkungskreis von der Niedersächsischen Pflegekammer wahrgenommen werden.

Zu 15:

Es gibt keine Planungen der Landesregierung zur Einrichtung weiterer Kammern.

Zu 16:

Die Pflegekammer ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die auch die Aufgaben einer Behörde wahrnimmt. Zu den Hauptaufgaben der Pflegekammer als Organ der Selbstverwaltung wird es jedoch gehören, im Einklang mit den Interessen der Allgemeinheit die gemeinsamen beruflichen Belange der Gesamtheit der Kammermitglieder zu wahren sowie Behörden bei ihrer Verwaltungstätigkeit und in Fragen der Gesetzgebung zu beraten und zu unterstützen. Als Lobbyarbeit oder auch Lobbyismus wird allgemein der Versuch der Einflussnahme auf Entscheidungsträger durch Dritte bezeichnet. Nach dieser Definition gehört die Lobbyarbeit durchaus zu den Aufgaben der Pflegekammer. Einschränkend wirkt allerdings die rechtliche Verpflichtung, dabei immer auch die Interessen der Allgemeinheit im Blick zu behalten.

Zu 17:

An Tarifverhandlungen oder Vergütungsverhandlungen sind berufsständische Kammern generell nicht beteiligt. Dies gilt auch für die Pflegekammer, die somit keinen direkten Einfluss auf die Finanzierung der Pflegeleistungen oder die Löhne nehmen kann. Zu den Aufgaben der Pflegekam-

mer wird es jedoch gehören, Dritte in Angelegenheiten, die die Berufsausübung der Kammermitglieder betreffen, zu informieren und zu beraten. Auch über die Definition von Qualitätsstandards und die Ausgestaltung der Fortbildungspflicht wird die Pflegekammer sich mit den Rahmenbedingungen der Pflegearbeit in Niedersachsen beschäftigen, auf Missstände hinweisen und Verbesserungspotenziale aufzeigen.

Zu 18:

Die Pflegekammer darf eine arbeitsrechtliche Beratung ihrer Mitglieder vornehmen. Das ergibt sich aus § 2 Abs. 3 Nr. 3 Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG). Hier ist bestimmt, dass die Erörterung der die Beschäftigten berührenden Rechtsfragen mit ihren gewählten Interessenvertretungen keine (den Volljuristen vorbehaltene) Rechtsdienstleistung im Sinne des RDG darstellt, soweit ein Zusammenhang zu den Aufgaben dieser Vertretungen besteht.

Originäre Aufgabe der Kammer ist es, die beruflichen Belange der Gesamtheit ihrer Mitglieder zu wahren. Da ihre Organe von den Mitgliedern gewählt werden, ist die Pflegekammer eine Interessensvertretung nach RDG. Die Beratung von Kammermitgliedern durch die Pflegekammer über Fragen von beruflichen Belangen ist daher grundsätzlich möglich und könnte auch durch Nichtjuristen erfolgen. Voraussetzung ist hierfür, dass ein Zusammenhang mit ihren Kammeraufgaben besteht. Dies ist der Fall, da nach dem geplanten Gesetz die Pflegekammer ihre Mitglieder in Fragen der Berufsausübung beraten soll.

Zu 19:

Der Niedersächsische Pflegerat ist im Landespflegeausschuss und in der Fachkommission Pflege vertreten. Im Niedersächsischen Pflegerat sind jedoch nicht alle Berufsverbände Mitglied; zudem sind nicht alle niedersächsischen Pflegefachkräfte Mitglied in einem Berufsverband (vgl. Antwort zur Frage 5). Die Vertretungen im Landespflegeausschuss und in der Fachkommission Pflege sind somit nicht - anders als es eine Pflegekammer wäre - demokratisch legitimiert.

Zu 20:

Die Hauptaufgabe der Pflegekammer wird die berufsständische Vertretung ihrer Mitglieder sein. Als gemeinsame Vertretung der größten Berufsgruppe im Gesundheitswesen kann eine Pflegekammer erheblich mehr Einfluss nehmen, als dies heute beispielsweise den Berufsverbänden möglich ist. Eine durchsetzungsfähige Interessensvertretung bedeutet einen Mehrwert für das einzelne Kammermitglied. Auch vom gestiegenen Ansehen in der öffentlichen Wahrnehmung werden Pflegefachkräfte unmittelbar profitieren.

Daneben ist Aufgabe der Pflegekammer, die Qualitätssicherung im Pflegewesen zu fördern. Sie wird beispielsweise Empfehlungen, Hinweisen oder Leitfäden zur Qualitätsentwicklung und -sicherung pflegerischer Berufsausübung oder zu Aufgaben- und Kompetenzprofilen konkrete Handreichungen für die tägliche Praxis entwickeln. Für die einzelne Pflegefachkraft bedeutet dies einen Gewinn an Handlungs- und Rechtssicherheit.

Ähnliches gilt für den Erlass einer Berufsordnung: Es besteht die Möglichkeit, dass die Kammermitglieder die Berufsordnung als Argumentationshilfe gegenüber ihren Arbeitgebern nutzen können, wenn die Rahmenbedingungen eine Pflege, die den Vorgaben der Berufsordnung entspricht, nicht zulassen.

Nicht zuletzt wird die Konkretisierung der bereits heute bestehenden Fortbildungspflichten die Kammermitglieder dabei unterstützen, dieser Pflicht angemessen nachzukommen. Die Zertifizierung und Bewertung von Fortbildungsveranstaltungen wird den Kammermitgliedern Orientierung im derzeitigen unübersichtlichen Fortbildungsmarkt geben und durch den transparenten Nachweis der Qualifikation die Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung verbessern.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Cornelia Rundt

Infratest dimap

Befragung von Beschäftigten im Pflegebereich in Niedersachsen
Fragebogen, Endstand 09.11.2012

Wir führen gegenwärtig eine Umfrage unter Angehörigen der Pflegeberufe in Niedersachsen durch und möchten Ihnen zum Thema „Pflegekammer“ einige Fragen stellen.

Zunächst: Sind Sie derzeit beruflich beschäftigt als –
(Interviewer: Als beruflich beschäftigte Pflegefachkräfte gelten alle sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen mit fachlicher Berufsurkunde.)

- | | |
|---|------------------------------------|
| - Altenpflegerin bzw. -pfleger | → Frage 1 |
| - Gesundheits- und Krankenpflegerin bzw. -pfleger | → Frage 1 |
| - Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin bzw. -pfleger | → Frage 1 |
| **Nichts davon | → Keine Zielperson, Ende Interview |

1. In den letzten Monaten wurde in Niedersachsen über die Errichtung einer niedersächsischen Pflegekammer diskutiert. Hatten Sie Diskussionen über die Errichtung einer Pflegekammer in Niedersachsen bisher schon genauer verfolgt, oder kannten Sie das Thema Pflegekammer nur vom Begriff her, oder hören Sie davon jetzt zum ersten Mal?

Habe Diskussionen schon genauer verfolgt
 Kenne das Thema nur vom Begriff her
 Höre davon jetzt zum ersten Mal
 ** Keine Angabe

Wie bei den bereits bestehenden Kammern für Heilberufe, zum Beispiel der Ärztekammer und Apothekerkammer, soll eine solche Pflegekammer künftig die Selbstverwaltung des Berufsstandes organisieren und die beruflichen Belange der Pflegefachkräfte wahren.

Folgende Aufgaben könnte eine Pflegekammer wahrnehmen:

- Bündelung der berufsständischen Interessen der Pflege, z. B. als Ansprechpartner für die Politik, durch fachliche Mitwirkung bei Gesetzgebungsverfahren oder durch Öffentlichkeitsarbeit
- Erlass einer Berufsordnung
- Empfehlungen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung pflegerischer Berufsausübung
- Führen eines Berufsregisters aller Pflegefachkräfte
- Einsatz von Gutachterinnen und Gutachtern sowie Sachverständigen
- Anwendung der bundeseinheitlichen Regelungen zur Berufszulassung, z. B. Abnahme von Prüfungen und Aushändigung der Berufsurkunde, Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse
- Regelungen über Fort- und Weiterbildung
- Beratung für Berufsangehörige bei juristischen, ethischen, fachlichen und berufspolitischen Fragen

Infratest dimap

Dagegen könnte eine Pflegekammer folgende Aufgaben **nicht** wahrnehmen, weil es zum Beispiel bereits bundesgesetzliche Regelungen hierfür gibt oder die Gewerkschaften zuständig sind:

- Verhandlungspartner in den Tarifverhandlungen
- Verhandlungspartner bei Pflegesatzverhandlungen
- Regelung der Ausbildung oder der Akademisierung bzw. Höherqualifizierung der Pflege
- Übernahme der Qualitätsprüfungen des MDK und der Heimaufsicht in Pflegeeinrichtungen bzw. der Qualitätssicherung in Krankenhäusern
- Regelung der Personalbemessung und Mindestbesetzung in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern
- Festlegung von Vorbehaltstätigkeiten der Pflege
- Schlichtungsstelle zwischen Pflegekräften

Mitglieder der Pflegekammer wären alle Pflegefachkräfte, denen die Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung (also Altenpflegerinnen und -pfleger, Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pfleger oder Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und -pfleger) erteilt worden ist und die in Niedersachsen berufstätig sind. Für Sie als Pflegefachkraft würde dies bedeuten, dass Sie Mitglied der Pflegekammer sein müssen, wenn Sie in Niedersachsen im Fach arbeiten möchten.

Die Finanzierung der Pflegekammer soll unter anderem durch Beitragszahlungen der Mitglieder erfolgen. Die Höhe des Beitrages würde einkommensabhängig gestaffelt.

2. Wenn eine Pflegekammer in Niedersachsen errichtet würde, welche monatliche Beitragshöhe würden Sie maximal akzeptieren? Würden Sie sagen -

5 bis 9 Euro

10 bis 14 Euro

15 bis 20 Euro

mehr als 20 Euro

**Spontan: Bin prinzipiell gegen Beitrag, unabhängig von dessen Höhe

**Spontan: Bin gegen Pflegekammer

**Weiß nicht

**Keine Angabe

3. Wie ist Ihre Einstellung zur Pflegekammer? Sollte in Niedersachsen eine solche Pflegekammer gegründet werden oder nicht?

Ja, sollte gegründet werden

Nein, sollte nicht gegründet werden

** Weiß nicht, kann ich nicht beurteilen

** Weiß nicht, ist mir egal

** Keine Angabe

Infratest dimap

4. Zum Thema Pflegekammer gibt es in Niedersachsen verschiedene Meinungen. Ich lese Ihnen einige vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie der Meinung zustimmen oder nicht zustimmen. Wie ist das mit: ...

Ja, stimme zu
Nein, stimme nicht zu
** Weiß nicht, kann ich nicht beurteilen
** Keine Angabe

(Reihenfolge der Statementvorlagen erfolgt per Random)

- Die Gründung einer Pflegekammer schafft nur zusätzliche Bürokratie.
 - Wenn jede Pflegekraft einer Pflichtmitgliedschaft unterworfen wird und Beitrag zahlen muss, lehne ich die Pflegekammer ab.
 - Es gibt schon genug Berufsverbände oder Vereinigungen, um die Interessen der Pflegekräfte zu vertreten.
 - Eine Pflegekammer wäre nicht gut, weil damit Konkurrenz zur Gewerkschaft geschaffen würde.
 - Eine Pflegekammer bietet dem einzelnen Mitglied keine nennenswerten Vorteile.
 - Eine Pflegekammer kann die Hauptprobleme wie Fachkräftemangel und niedrige Entlohnung auch nicht lösen.
 - Die Selbstverwaltung der Pflegefachkräfte in einer Pflegekammer würde die Qualität der Pflege nachhaltig stärken.
 - Eine solche Pflegekammer ist wichtig, weil man nicht alle Regelungen der Politik überlassen sollte.
 - Die Vielzahl ausländischer Pflegefachkräfte macht eine Pflegekammer notwendig, um deren Qualifikation und Sprachkompetenz zu überprüfen.
 - Die Errichtung einer Pflegekammer wäre eine Aufwertung des Berufsstandes und würde den Pflegefachkräften die Bedeutung verschaffen, die ihnen zusteht.
 - Die Pflege ist in vielen Punkten fremdbestimmt und zersplittert, mit einer Pflegekammer hätte sie eine einheitliche und damit stärkere Stimme in Politik und Öffentlichkeit.
 - Die Wahrnehmung der Interessen der Pflegekräfte in den Gewerkschaften einerseits und in einer künftigen Pflegekammer andererseits sind zwei grundverschiedene Dinge, da wird es keine Konkurrenz geben.
5. Darf ich Sie noch fragen, wie alt Sie sind?
- ____ Jahre
**Keine Angabe
6. Befragte Person ist –
- weiblich
männlich

Infratest dimap

7. Sind Sie derzeit tätig im Bereich –
- Krankenhaus
Teil- oder vollstationäres Pflegeheim
Ambulanter Pflegedienst
Rehabilitationseinrichtung
**Sonstiges
**Keine Angabe
8. Haben Sie Leitungsverantwortung?
- Nein, ich bin Pflegefachkraft ohne Leitungsverantwortung
Ja, in der mittleren Leitungsebene (z. B. Stationsleitung, Wohnbereichsleitung)
Ja, in der obersten Leitungsebene (z. B. Pflegedirektion, Pflegedienstleitung)
Ja, sonstiges
**Keine Angabe
9. Arbeiten Sie derzeit in Voll- oder in Teilzeitarbeit?
- Vollzeit
Teilzeit
**Keine Angabe
10. Sind Sie Mitglied in einem Berufsverband oder einer Vereinigung von Pflegefachkräften?
- Ja, ich bin Mitglied
Nein
**Keine Angabe
11. Sind Sie Mitglied in einer Gewerkschaft?
- Ja, ich bin Mitglied
Nein
**Keine Angabe

100 Euro zur Finanzierung weiterer Bürokratie? Nein danke!

Gegen die geplante Zwangsmitgliedschaft in Pflegekammern in Niedersachsen
Die Einrichtung einer Pflegekammer droht nun auch in Niedersachsen. Dies kostet Mitarbeiter in der Pflege voraussichtlich 100 Euro im Jahr.

Was bringt die Pflegekammer?

- Zwangsmitgliedschaft der Pflegefachkräfte für die Dauer des Berufslebens
- Finanzierung neuer Verwaltungsposten durch Zwangsbeiträge,
- Benachteiligung der Pflegekräfte mit Basisqualifikation gegenüber Pflegefachkräften
- Vermehrte Kontrolle der Arbeit verbunden mit **mehr Bürokratie**
- eine eigene Berufsgeschicklichkeit und damit die **Schaffung einer weiteren Haftungsebene** für die Angehörigen der Pflegeberufe

Was bringt die Pflegekammer nicht?

- Eine bessere Entlohnung aller Pflegekräfte
- Altersvorsorge, wie in anderen Berufsverbänden durch Versorgungswerke gegeben,
- bessere finanzielle Ausstattung der Pflegeeinrichtungen und damit bessere Arbeitsbedingungen


Eine Zwangsmitgliedschaft in der Pflegekammer droht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Gesundheits-, Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege.

Protestieren Sie jetzt mit Ihrer Unterschrift!

Unterschrift

Arbeitsgemeinschaft Privater Heime und
Ambulanter Dienste Bundesverband e.V.
Karlsruher Straße 2b
30519 Hannover





bpa & gpr & ver di

Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste - der Landeshauptstadt Hannover - Vertrauensleute der Städtischen Pflegeheime

02.05.2014

Sehr geehrte Sozialministerin Frau Rundt, wir sagen:

!! NEIN zur Zwangsverkammerung der Pflegekräfte !!

Die Einrichtung einer Pflegekammer in Niedersachsen ist kein Ersatz für die Lösung der Probleme in Altenheimen, ambulanten Pflegediensten und Krankenhäusern!

Wir sind gegen die Einrichtung einer Pflegekammer, weil:

- sie keinen besseren Personalschlüssel einführen kann (Aufgabe der Politik -> Gesetze),
- sie keinen angemessenen Tariflohn der Pflegekräfte durchsetzen kann: Das ist Aufgabe der Gewerkschaften (Tarifautonomie),
- sie keine bessere finanzielle Ausstattung der Krankenhäuser, Pflegeheime- und Ambulanzen durchsetzen kann (Kostenträger, Gesetzgeber),
- sie einen Zwangsbeitrag von allen examinierten Pflegekräften verlangt: Jeder Pflegekraft soll vom eigenen Lohn ein Beitrag für die Kammer abgezogen werden,
- sie eine eigene Berufsgewerkschaft als weitere Haftungsebene einführen will, die bei Pflegefehlern zur Bestrafung führen kann (z.B. Bußgelder, Aberkennung zur Führung der Berufserlaubnis).

Pflegekräfte brauchen zur Verbesserung ihrer Arbeitssituation mehr Personal im stationären und ambulanten Bereich, sie brauchen einen Abbau der Bürokratie, – um die Arbeitszeit bei den Menschen zu verbringen, sie brauchen höhere Löhne, die im Verhältnis zur verantwortungsvollen und gesellschaftlich sehr notwendigen Arbeit stehen!

Die Pflegekammer bietet dafür keine Lösung! Sie ist eine politische Ersatzhandlung, wir wollen die Politik hierdurch nicht aus ihrer Verantwortung entlassen!

Sehr geehrte Sozialministerin Frau Rundt, verhindern Sie die Pflegekammer in Niedersachsen!

Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste Landesgeschäftsstelle Niedersachsen	Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt Hannover	die Vertrauensleute der Städtischen Pflegeheime
gez. Henning Steinhoff	gez. Hans-Jürgen Jeroschewski	gez. Christa Greve